

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. September 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

B 55 Verlängerung der Frist zur Unterbreitung der Botschaft und eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Digitalisierung jetzt»; Entwurf Kantonsratsbeschluss / Finanzdepartement

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsident Peter Fässler. Peter Fässler: Die SPK wurde am 20. August über die Botschaft B 57, Verlängerung der Frist zur Unterbreitung der Botschaft und eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Digitalisierung jetzt», informiert. Gleich anschliessend wurde die einzige Beratung der Vorlage durchgeführt. Unterstützt wurde die SPK bei dieser Information und der anschliessenden Beratung von Heinz Bösch, Departementssekretär Finanzdepartement (FD), welcher Regierungsrat Reto Wyss vertrat, der in der parallel tagenden Planungs- und Finanzkommission (PFK) anwesend war. Anwesend war auch Michaela Ambühl vom Rechtsdienst des FD. Nach einer informativen Präsentation über diese Vorlage kamen wir schnell zu den Eintretensvoten der Parteien. Eintreten war unbestritten. Die Parteien waren im Grundsatz mit dem Anliegen der Initiative der Jungfreisinnigen einverstanden, die verlangt, dass der Kanton und die Gemeinden ihre Aufgaben gemäss dem Grundsatz «Digital First» wann immer möglich digital erfüllen. Der digitale Weg sollte für die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung künftig die erste Wahl sein. Der Zugang zu den Dienstleistungen soll aber auch für Menschen gewahrt werden, die nicht vollständig digital unterwegs sind. Die Parteien waren sich auch einig, dass dieser Grundsatz nicht, wie in der Initiative gefordert, in der Verfassung, sondern im neuen E-Government-Gesetz festgehalten werden soll. Die SPK unterstützt das Vorgehen des Regierungsrates und stimmte der Fristverlängerung für die Erarbeitung der entsprechenden Botschaft einstimmig zu. Die Kommission beschloss, die Beratung im Rat ohne Fraktionssprechende durchzuführen. Einer Medienmitteilung wurde zugestimmt. Ich bitte Sie, dem Entscheid der Kommission zu folgen und dieser Verlängerung zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Verlängerung der Frist zur Unterbreitung der Botschaft und eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Digitalisierung jetzt», wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 109 zu 0 Stimmen zu.